LANDKREIS WOLFENBÜTTEL



Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 10. Juni 2008

Niederschrift

über die 9. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin: Montag, 26.05.2008

Sitzungsbeginn: 18:07 Uhr Sitzungsende: 19:50 Uhr

Ort, Raum: Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel,

großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Kreistagsvorsitzender

Hasselmann, Rainer

CDU-Fraktion

Aust, Karl Otto Bötel, Bernhard Dinter, Ilona Großer, Elke Hopert, Horst Jahn, Ernst-Henning Koch, Manfred Lagosky, Uwe Löhr, Norbert Lorenz, Dieter Mühlenkamp, Ralf

Oesterhelweg, Frank

Kreistagsfraktion Rautmann, Dirk

Schäfer, Uwe Seidenkranz, Gerhard Siebert, Britta Vogler, Birgit von Veltheim, Alexander Wolf, Hans-Heinrich Wolff, Michael

stelly. Landrat

Vorsitzender der CDU-

SPD-Fraktion

Bosse, Marcus Vorsitzender der SPD-

Seite: 1/13

Kreistagsfraktion

Brandes, Katrin Deitmar, Reinhard Ganzauer, Oliver Hantelmann, Peter Hausmann, Michael

Heider, Ute
Hensel, Falk
Kaatz, Detlef
Küchler, Helga
Mohr, Peter
Oberländer, Peter
Polzin, Bruno

Reichenpfader, Bärbel Resch-Hoppstock, Sabine

Rupp-Brunswig, Dr. Heike

Sandte, Michael Vree, Friedhelm Wiegel, Heike stellv. Landrätin ab TOP 8

Bündnis 90 / Die Grünen- Fraktion

Brücher, Bertold Fuder, Jochen Gerndt, Elisabeth Müller, Jan-Christian

FDP- Fraktion

Fach, Thomas Försterling, Björn

NPD

Molau, Andreas

LINKS

Kretschmer, Roland

Von der Verwaltung

Röhmann, Jörg

Klooth, Kathrin

Schillmann, Claus Jürgen

Schäffer, Heike

Vogt, Kornelia

Landrat

Dezernentin III

Dezernent II

Pressesprecherin

Löb, Susanne Gleichstellungsbeauftragte

Kelb, Marco Protokollführer

Es fehlen:

CDU-Fraktion

Heinisch, Dirk

SPD-Fraktion

Koch, Harald

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- 1. Eröffnung der Sitzung
- 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)
- 3. Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 03. März 2008
- 4. Anfragen
- 4.1. Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)
- 4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)
- Bestellung einer Beauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege gem. § 58 Niedersächsisches Naturschutzgesetz (NNatG) in der z.Zt. gültigen Fassung Vorlage: XVI-306/2008
- 6. Neubau einer Rettungswache in Heiningen Vorlage: XVI-311/2008
- 7. Änderung der Abfallgebührensatzung Vorlage: XVI-321/2008
- 8. Abschlussbericht zum Projekt Kostenreduzierung und Qualitätsverbesserung in der Abteilung 513.

Vorlage: XVI-323/2008

9. Elternbefragung zur Ermittlung des Bedarfs an einzelnen Schulformen im Landkreis Wolfenbüttel

Vorlage: XVI-330/2008

 Besetzung des Regionalen Beirates Wolfenbüttel der Braunschweigischen Landessparkasse

Vorlage: XVI-331/2008

11. Zustimmung zur Auflösung des Zweckverbandes für das kommunale Kreditwesen in Braunschweig

Vorlage: XVI-332/2008

12. Über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zum 01.04.2008

hier: Unterrichtung gemäß § 65 NLO i.V.m. § 89 Abs. 1 Satz 4 NGO

Vorlage: XVI-335/2008

- Antrag des Kreistagsabgeordneten Molau; hier: Test der Vierjährigen im Landkreis auf Sprachentwicklungsstörungen Vorlage: XVI-353/2008
- 14. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

<u>Vorsitzender Hasselmann</u> eröffnet um 18.07 Uhr die 9. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages, heißt die Erschienenen herzlich willkommen und gratuliert KAbg. Heider zum Geburtstag sowie KAbg. Wolf nachträglich zum Geburtstag.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)

<u>Vorsitzender Hasselmann</u> stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 03. März 2008

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Niederschrift über die 8. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 03.03.2008 wird genehmigt.

TOP 4 Anfragen

TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)

<u>Einwohner Kumlehn</u> fragt, ob sich die Mitglieder des Kreistages ihrer Verantwortung um die Schachtanlage Asse II bewusst seien und ob sie beabsichtigten, die vormals Verantwortlichen zu ihrem früheren Fehlverhalten anzuhören. Ferner fragt er, wie der Kreistag die gegenwärtig zuständigen Wissenschaftler an erneutem fehlerhaftem Handeln hindern wolle.

<u>Landrat Röhmann</u> antwortet, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 20. März 2006 einstimmig eine Resolution zum Thema "Asse II" verabschiedet habe, die auch von den Samtgemeinden Asse und Schöppenstedt sowie einigen Gemeinden übernommen worden sei. Dieses überzeugende einstimmige Votum habe zu einem Umdenken der Verantwortlichen geführt. Neben den bekannten Informationsveranstaltungen sei die Öffentlichkeitsarbeit deutlich intensiviert worden. Gemeinsam mit den zuständigen Bundes- und Landesministerien sei eine Asse II – Begleitgruppe, der auch Vertreter der Bürgerinitiativen angehörten, gebildet worden, die ebenfalls zu mehr Transparenz beitragen werde. Unterstützt werde die Begleitgruppe von drei kritischen Wissenschaftlern, die im Auftrag der

Gruppe an Optionsvergleichen mitwirkten. Die Mitglieder des Kreistages seien sich ihrer Verantwortung für die Asse bewusst. Die Asse II – Begleitgruppe und die seitens des Landkreises beauftragten Wissenschaftler seien berechtigterweise mit Vertrauen und Motivation ausgestattet. So würden die nicht wiedergutzumachenden Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt. Künftig solle mit einem hohen Maß an Verantwortung und unter Beteiligung der Interessenvertretungen gehandelt werden.

<u>Einwohnerin Wesche</u> verleiht ihrer Hoffnung Ausdruck, dass der Kreistag dem Willen der Eltern nach Errichtung einer Gesamtschule im Landkreis Wolfenbüttel folgen werde.

<u>Einwohner Gieseke</u> fragt, ob den Vertretern des Kreiselternrates bei TOP 9, z.B. im Rahmen einer Sitzungsunterbrechung, Rederecht gewährt werden könne.

Kreistagsvorsitzender Hasselmann erklärt, dass Vertretern des Kreiselternrates bereits in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden sei. Soweit aus den Reihen des Kreistages eine Sitzungsunterbrechung beantragt werde, sei darüber abzustimmen.

<u>Einwohner Dr. Kyas</u> fragt, ob er im Rahmen der Einwohnerfragestunde im Namen des Kreiselternrates eine Stellungnahme abgeben könne.

<u>Landrat Röhmann</u> bittet darum, die festgelegten Verfahrensregeln für Sitzungen des Kreistages zu achten. Die den Fragebogen zur Feststellung des qualitativen Schulbedarfes stützende Stellungnahme des Kreiselternrates sei dem Kreistag bekannt. Der Kreiselternrat habe seine Meinung außerdem bereits in den Sitzungen des Fachausschusses mitgeteilt. Über eine weitere Anhörung oder eine Sitzungsunterbrechung bei TOP 9 müsse die Mehrheit des Kreistages entscheiden.

TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)

KAbg. Oesterhelweg fragt unter Hinweis auf die den Meldebehörden obliegenden Pflicht, der Polizei jederzeit bestimmte Einwohnermeldedaten zur Verfügung zu stellen, ob der Landkreis Wolfenbüttel bezüglich der Vernetzung der kreisangehörigen Meldebehörden mit dem Landesdatennetz Niedersachsen mitwirkungsverpflichtet sei und inwiefern dieser ggf. bestehenden Pflicht bisher Genüge geleistet worden sei.

<u>Landrat Röhmann</u> antwortet, dass sich die kreisangehörigen Meldebehörden, mit Ausnahme der Samtgemeinde Baddeckenstedt, seit kurzer Zeit an das Landesdatennetz anschließen könnten. Jedoch würden in den Einwohnermeldeämtern unterschiedliche EDV-Programmen verwandt, so dass jeweils unterschiedliche Schnittstellen zu schaffen seien. In Besprechungen der Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Wolfenbüttel seien bereits Lösungswege diskutiert worden. Eine eingehende schriftliche Stellungnahme werde er nachreichen.

KAbg. Molau fragt, welche Schritte der Landkreis Wolfenbüttel unternommen habe, um der Resolution des Kreistages zur Schachtanlage Asse II Nachdruck zu verleihen.

<u>Landrat Röhmann</u> antwortet, dass KAbg. Molau den Einsatz aller demokratischen Kräfte des Kreistages zur Umsetzung der Resolution hätte erkennen können, wenn er sich selbst mit diesem Thema auseinandergesetzt hätte. Der Sprecher sagt zu, KAbg. Molau entsprechende Informationen zuzuleiten.

Anmerkung der Verwaltung:

Eine Antwort zur Anfrage des KAbg. Molau ist dieser Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

KAbg. Oesterhelweg fragt unter Bezugnahme auf die Anfrage des KAbg. Molau, ob bestimmten Mitgliedern des Kreistages kein Pressespiegel zur Verfügung gestellt werde.

<u>Landrat Röhmann</u> sagt eine entsprechende Prüfung zu. Er teilt mit, dass die Verwaltung die Digitalisierung des Pressespiegels anstrebe.

KAbg. Bosse kündigt an, dass die SPD-Kreistagsfraktion bei TOP 9 eine Sitzungsunterbrechung beantragen werde, um dem Kreiselternrat Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

KAbg Wolff fragt, ob eine Optimierung des Verfahrens der Postabsendung an die Kreistagsabgeordneten möglich sei, da in jüngster Vergangenheit an aufeinanderfolgenden Tagen jeweils kleinere Mengen in zum Teil überdimensionierten Umschlägen versandt worden seien.

<u>Landrat Röhmann</u> antwortet, dass das Sammeln mehrerer Schriftstücke aufgrund bestehender Ladungsfristen mitunter problematisch sei. Weitere Prozessoptimierungen würden in diesem Bereich jedoch erfolgen.

TOP 5 Bestellung einer Beauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege gem. § 58 Niedersächsisches Naturschutzgesetz (NNatG) in der z.Zt. gültigen Fassung Vorlage: XVI-306/2008

KAbg. Gerndt erläutert die Vorlage Nr. XVI – 306/2008.

KAbg. Bosse dankt dem bisherigen Beauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege Dr. Schaper für sein Wirken. Insbesondere hebt er dessen Kenntnisse der klimatischen Situation in der Asse hervor. Er wünsche Frau Weber-Schönian als künftiger Beauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege viel Erfolg.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Frau Ina Weber-Schönian, Tiefe Str. 3, 38162 Cremlingen, wird mit Wirkung vom 01. Juni 2008 für 5 Jahre zur Beauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege für den Bereich des Landkreises Wolfenbüttel bestellt.

<u>Landrat Röhmann</u> gratuliert Frau Weber-Schönian zu Ihrer Bestellung zur Beauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege, überreicht die Ernennungsurkunde und nimmt die Pflichtenbelehrung nach § 23 NLO vor. Hierbei weist er auf die für ehrenamtlich Tätige einschlägigen Vorschriften der §§ 20, 21 und 22 NLO hin.

Im Namen des Kreistages gratuliert <u>Kreistagsvorsitzender Hasselmann</u> ebenfalls Frau Weber-Schönian.

<u>Naturschutzbeauftragte Weber-Schönian</u> dankt dem Kreistag für das entgegengebrachte Vertrauen und erklärt, dass sie mit Freude einer guten Zusammenarbeit mit der unteren Naturschutzbehörde entgegensehe.

TOP 6 Neubau einer Rettungswache in Heiningen Vorlage: XVI-311/2008

KAbq. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI – 311/2008.

KAbg. Brücher appelliert, dass der Landkreis Wolfenbüttel nicht nur gegenüber seinen Bürger sinnvolle Programme wie "CleWFer modernisieren" initiieren solle, sondern auch eigene Bauvorhaben an ökologischen Maßstäben ausrichten möge. Die Bündnis 90 /Die Grünen – Kreistagsfraktion werde gelegentlich einen Antrag auf Erstellung einer ökologischen Bauleitlinie stellen.

KAbg. Hausmann begrüßt die Standortverlegung der Rettungswache Dorstadt nach Heiningen. Die SPD-Kreistagsfraktion werde der Beschlussempfehlung folgen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt,

- a) von der Gemeinde Heiningen ein Grundstück zur Errichtung einer Rettungswache zu erwerben und
- b) eine Rettungswache mit einem voraussichtlichen Kostenvolumen von rund 300.000,00 € durch den Regiebetrieb Gebäudewirtschaft planen und errichten zu lassen.

TOP 7 Änderung der Abfallgebührensatzung Vorlage: XVI-321/2008

KAbg. Wolff erläutert die Vorlage Nr. XV I- 321/2008.

KAbg. Bosse berichtet, dass zurzeit die Nachfrage nach Altpapier und folglich der Angebotspreis für selbiges immens hoch sei. Er begrüße, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Wolfenbüttel (ALW) auf diesen Umstand schnell reagiert habe und sich mit der Gebührenfreiheit für die Bereitstellung von Altpapierbehältern in Konkurrenzfähigkeit mit eventuellen privaten Wettbewerbern versetze. Sollten im Landkreis Wolfenbüttel trotzdem private Papierentsorgungsunternehmen auf den Markt drängen, bitte er die Verwaltung, die Fraktionen unverzüglich hiervon in Kenntnis zu setzen.

KAbg. Kaatz fragt, in welchem Zeitraum von Bürgern bestellte Altpapierbehälter durch den ALW zur Verfügung gestellt werden könnten und ob es eine Werbekampagne desselben geben werde.

<u>Vorsitzender Hasselmann</u> weist darauf hin, dass es unüblich sei, im Rahmen der Aussprache Anfragen zu stellen.

<u>Landrat Röhmann</u> antwortet, dass aufgrund einer Angebotsverknappung Schwierigkeiten bestünden, innerhalb kürzester Zeit eine ausreichende Anzahl zusätzlicher Altpapierbehälter anzukaufen. Daher

Seite: 7/13

werde sich der ALW hinsichtlich einer Werbekampagne zurückhalten, da eine Aufstockung der vorhandenen rund 2.000 Tonnen nur schrittweise werde erfolgen können.

<u>KAbg. Seidenkranz</u> stellt den Antrag, Artikel 2 Ziffer 2 des der Vorlage Nr. XVI - 321/2008 anliegenden Entwurfes der 1. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung zu streichen, da diese andernfalls vollumfänglich außer Kraft gesetzt würde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der der Vorlage Nr. XVI - 321/2008 anliegende Entwurf der 1. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung wird bei Streichung von Artikel 2 Ziffer 2 als Satzung beschlossen.

TOP 8 Abschlussbericht zum Projekt Kostenreduzierung und Qualitätsverbesserung in der Abteilung 513. Vorlage: XVI-323/2008

KAbg. Oberländer erläutert die Vorlage Nr. XVI - 323/2008.

Ohne Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass in der 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.04.2008 folgender Beschluss gefasst worden ist:

- 1. Erfolgreicher Verlauf des Projektes wird festgestellt.
- 2. Das Projekt gilt als abgeschlossen.
- 3. Nach Genehmigung des Stellenplanes werden die ursprünglich befristeten Projektstellen als unbefristete Stellen in der Abteilung besetzt.

TOP 9 Elternbefragung zur Ermittlung des Bedarfs an einzelnen Schulformen im Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVI-330/2008

KAbg. Hopert erläutert die Vorlage Nr. XVI - 330/2008 und kündigt insbesondere folgende Termine für Informationsveranstaltungen zur Elternbefragung an:

17.06.2008, 19.00 Uhr, Schule im Innerstetal, Baddeckenstedt

18.06.2008, 19.00 Uhr, Werla-Schule, Schladen

23.06.2008, 19.00 Uhr, Elm-Asse-Schule, Schöppenstedt

24.06.2008, 19.00 Uhr, Carl-Gotthard-Langhans-Schule, Wolfenbüttel

Anmerkung der Verwaltung:

Eine weitere Informationsveranstaltung ist terminiert am 30.06.2008, 19.00 Uhr, Haupt- und Realschule in Sickte

KAbg. Kretschmer fragt, ob in der vorliegenden Fassung des Fragebogens berücksichtigt werde, dass die Landesschulbehörde zur Anerkennung eines gesamtschulbedarfsermittelnden Fragebogens die dort erfolgte Nennung eines potentiellen Standortes voraussetze.

Seite: 8/13

<u>Landrat Röhmann</u> antwortet, dass der Fragebogen nicht darauf abziele, die Errichtung einer Gesamtschule einzuleiten, sondern vielmehr eine Ermittlung des qualitativen Schulbedarfes angestrebt werde. Daher enthalte der zur Beratung stehende Fragebogen keine Standortnennung. Ferner weise weder der entsprechende Entwurf zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchulG) noch die dazugehörige Begründung erwähnte Forderung auf.

KAbg. Oesterhelweg merkt an, dass das in Rede stehende Thema mitunter emotional diskutiert werde. Er verliest alsdann eine dem Protokoll als Anlage 1 beigefügte gemeinsame Erklärung der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP.

KAbg. Bosse berichtet, dass die SPD-Kreistagsfraktion und die Bündnis 90 / Die Grünen -Kreistagsfraktion ursprünglich jeweils eigene Anträge gestellt hätten, die alsdann zu einem gemeinsam Antrag zusammengefasst worden seien. In der 8. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 03.03.2008 sei ein fraktionsübergreifender Kompromiss hinsichtlich der Durchführung einer Befragung gefunden worden. Der vorliegende Fragebogen sei in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport am 09.04.2008 einstimmig empfohlen worden. Die Frage nach der Festlegung eines Gesamtschulstandortes müsse gegenwärtig nicht beantwortet werden. Die SPD-Kreistagsfraktion sei betreffs des diskutierten Themenkomplexes mehrere schwierige Kompromisse eingegangen. Ab dem 07.05.2008 habe eine Berichterstattung im Wolfenbütteler Schaufenster darauf hingewiesen, dass die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP im Lichte des Gesetzentwurfes zur Änderung des NSchulG keine Grundlage für die Errichtung einer Gesamtschule im Landkreis Wolfenbüttel sehe. Diese Aussage habe ihn sehr überrascht. Schließlich sei die Frage des potentiellen Standortes einer Gesamtschule noch nicht beratungsreif. Zunächst müssten ganz andere von der Landesregierung zu verantwortende Hindernisse überwunden werden. So müsse vorerst der grundsätzliche Bedarf geklärt werden. Des Weiteren seien mündliche Bemerkungen der Niedersächsischen Kultusministerin bezüglich möglicher Voraussetzung zur Anerkennung eines gesamtschulbedarfsermittelnden Fragebogens nicht verbindlich. Die Diskussion müsse auf Basis der vorliegenden Gesetzentwürfe und landesschulbehördlichen Stellungnahmen erfolgen. Hiernach werde keine Standortnennung im Fragebogen vorausgesetzt. Auch die Stadt Salzgitter, die Stadt Braunschweig, der Landkreis Goslar und andere strengten Elternbefragungen an, die keine Standortnennung enthielten. Der vermutete Bedarf nach Gesamtschulplätzen solle zunächst unbeeinflusst von Standortdiskussionen ermittelt werden. In Niedersachsen fehlten derzeit allein in den über Gesamtschulen verfügenden Gebietskörperschaften 2.500 Gesamtschulplätze . Daher sei zu vermuten, dass auch dort, wo keine Gesamtschulen bestünden, Bedarfe festzustellen seien.

KAbg. Försterling entgegnet, dass die von KAbg. Bosse angeführte Bedarfszahl von 2.500 unglaubwürdig sei. So hätten Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion vor wenigen Tagen noch Bedarfe zwischen 1.200 und 1.300 Plätzen angeführt. Die Niedersächsische Kultusministerin und der Staatssekretär im Niedersächsischen Kultusministerium hätten mitgeteilt, dass eine Standortnennung im Fragebogen erforderlich sei, soweit die landesschulbehördliche Anerkennung der Erhebung begehrt werde. Die SPD-Kreistagsfraktion solle nunmehr mitteilen, welche Schulen im Landkreis Wolfenbüttel zugunsten der Errichtung einer Gesamtschule geschlossen werden sollten. Soweit die Gründung einer integrierten Gesamtschule anvisiert werde, müssten, da die Fünfzügigkeit vorgegeben sei, 900 Schüler untergebracht werden. Folglich komme nur die Schließung des Theodor-Heuß-Gymnasiums oder des Gymnasiums im Schloss in Frage. Dies müsse die SPD-Kreistagsfraktion den betroffenen Eltern und Schülern ehrlicherweise mitteilen.

Landrat Röhmann dankt allen, die ermöglicht hätten, dass die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP sich in der bevorstehenden Abstimmung enthalten wollten. Somit werde die Durchführung der Befragung ermöglicht. Betreffs der Rekrutierungsfrage von Gesamtschülern sei anzumerken, dass mehr als 2.000 Schüler aus dem Landkreis Wolfenbüttel weiterführende Schulen in anderen Gebietskörperschaften besuchten. Daher müsse die Gesamtschulerrichtung im Landkreis Wolfenbüttel nicht zwingend zu ungunsten der bestehenden Wolfenbütteler Gymnasien führen. Derzeit gehe es jedoch nicht um die konkrete Frage nach der Gründung einer Gesamtschule,

sondern um die Feststellung, welches Schulsystems von den Eltern grundsätzlich favorisiert werde und wie sich die geographische Verteilung der Bedarfe darstelle.

KAbg. Kretschmer beantragt eine Unterbrechung der Sitzung, um dem Kreiselternrat die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

<u>KAbg. Hasselmann</u> entgegnet, dass dem Kreiselternrat im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport wiederkehrend das Recht zur Stellungnahme eingeräumt werde und eine Sitzungsunterbrechung zur erneuten Stellungnahme nicht erforderlich sei.

KAbg. Försterling führt aus, dass sich die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP der Befragung nicht verschließen würden. Der Dialog mit dem Kreiselternrat werde auch künftig wie gewohnt im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport gepflegt, so dass im Rahmen der Kreistagssitzung keine weiteren Stellungnahmen abgegeben werden müssten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 26 Ja- und 23 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die Sitzung wird bis auf weiteres unterbrochen.

Vorsitzender Hasselmann unterbricht die Sitzung des Kreistages um 19.10 Uhr.

Vorsitzender Hasselmann eröffnet die Sitzung des Kreistages um 19.18 Uhr.

KAbg. Lagosky argumentiert, dass die in der Gemeinde Cremlingen wohnhaften Eltern den Anspruch auf eine ortsnahe Informationsveranstaltung hätten. Ferner müssten sie darüber in Kenntnis gesetzt werden, wo die Kinder künftig beschult würden, wenn eine Gesamtschule beispielsweise in Wolfenbüttel errichtet werde. Es sei wichtig, dass den Cremlingern auch künftig die Möglichkeit eingeräumt werde, ihre Kinder in Braunschweig beschulen zu lassen. Die Cremlinger dürften über die möglichen Konsequenzen einer Gesamtschulgründung nicht im Unklaren gelassen werden. Daher müsse auch dort eine Informationsveranstaltung angeboten werden. Nur wenn in der Befragung eine Standortnennung erfolge, könnten belastbare Ergebnisse erzielt werden. Bei einer allgemein gehaltenen Umfrage, sei ein politischer Missbrauch nicht belastbarer Ergebnisse zu befürchten.

<u>Landrat Röhmann</u> wolle die Cremlinger Eltern nicht verunsichern. In der Frage der Schulentwicklungsplanung sei außerordentlich wichtig, alle Eltern, also auch jene aus Cremlingen, zu befragen. Die Anzahl und Orte der Informationsveranstaltungen seien im Kreise der Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Wolfenbüttel einvernehmlich festgelegt worden. Natürlich könnten Cremlinger Eltern an der Informationsveranstaltung in Wolfenbüttel oder in den anderen genannten Orten teilnehmen.

KAbg. Brücher ergänzt, dass es zunächst ausschließlich um die Abfrage des Bedarfs an bestimmten Schulformen gehe. Standortfragen spielten keine Rolle. Es sei denkbar, dass aus den Ergebnissen der Bedarf zur Errichtung einer Gesamtschule ablesbar sei. Dies bleibe jedoch abzuwarten. Die Gefahr bei einer Standortnennung im Fragebogen sei, dass die Antworten nicht wie gewünscht die Schulformpräferenzen wiedergäben, sondern durch standortrelevante Einflussgrößen wie Entfernungen u.ä. beeinflusst würden.

KAbg. Oesterhelweg fordert den Landrat auf, dass für die Eltern aus der Gemeinde Cremlingen und der Samtgemeinde Sickte eine gesonderte Informationsveranstaltung durchgeführt werde.

Seite: 10/13

KAbg. Kaatz unterstützt die letztgenannte Forderung von KAbg. Oesterhelweg. Die Diskussion um den Fragebogen müsse berücksichtigen, dass die Wünsche der Eltern auch angebotsabhängig seien. So würden zahlreiche Eltern aus der Gemeinde Cremlingen allein deshalb nicht die Beschulung ihrer Kinder an einer Braunschweiger Gesamtschule beantragen, da sie sich der negativen Bescheidung gewiss sein könnten. Um diese Bedarfe festzustellen, müsse die Befragung durchgeführt werden. Es sei durchaus vorstellbar, dass viele Cremlinger Eltern auch ein Gesamtschulangebot im Gebiet der Stadt Wolfenbüttel wahrnehmen würden.

KAbg. Försterling ergänzt, dass genau aus den von KAbg. Kaatz genannten Gründen eine eigene Informationsveranstaltung für die Cremlinger und Sickter Eltern organisiert werden müsse.

<u>Landrat Röhmann</u> informiert, dass der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport erklärt habe, dass die Standorte für Informationsveranstaltungen mit den Hauptverwaltungsbeamten abgesprochen werden sollten. Dies habe mit dem bekannten einvernehmlichen Ergebnis stattgefunden. Die Informationsveranstaltungen würden sich durch ihren professionellen, sachlichen und ausgewogenen Charakter auszeichnen. Für die Veranschlagung weiterer Informationsveranstaltungen sei kein hinreichender Grund ersichtlich.

<u>KAbg. Oesterhelweg</u> wendet ein, dass sich die Situation der Eltern in der Gemeinde Cremlingen und in der Samtgemeinde Sickte nachhaltig von jener der Eltern aus der Stadt Wolfenbüttel unterscheide. Daher sei eine dortige Informationsveranstaltung zwingend erforderlich.

<u>Landrat Röhmann</u> sagt zu, dass er versuchen werde, eine zusätzliche Informationsveranstaltung an der Haupt- und Realschule Sickte anzubieten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 23 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Im Rahmen der Durchführung einer Elternbefragung zur Ermittlung des Bedarfes an einzelnen Schulformen im Landkreis Wolfenbüttel findet der Fragebogen (inkl. Anschreiben und Informationsblatt zu den verschiedenen Schulformen im Sekundarbereich) entsprechend Anlage 1 der Niederschrift über die 12. Sitzung des Kreisausschusses des XVI. gewählten Kreistages Verwendung.

TOP 10 Besetzung des Regionalen Beirates Wolfenbüttel der Braunschweigischen Landessparkasse Vorlage: XVI-331/2008

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI - 331/2008.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Kreistag benennt folgende drei Kreistagsabgeordnete, die vom Vorstand der Braunschweigischen Landessparkasse in den regionalen Beirat Wolfenbüttel berufen werden sollen:

Kreistagsabgeordneter Marcus Bosse, Schöppenstedt Kreistagsabgeordneter Ernst-Henning Jahn, Watzum Kreistagsabgeordneter Frank Oesterhelweg, Werlaburgdorf

Seite: 11/13

TOP 11 Zustimmung zur Auflösung des Zweckverbandes für das kommunale Kreditwesen in Braunschweig Vorlage: XVI-332/2008

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI - 332/2008.

KAbg. Brücher berichtet, dass der Kreisausschuss in der Begründung der Sitzungsvorlage sowie in der ihr anliegenden Synopse einige Unklarheiten festgestellt habe. Dies gelte beispielsweise für eine entstehende Lücke hinsichtlich der Beteiligungsrechte an der Öffentlichen Versicherung. Der Sprecher stelle daher auf Anregung aller Kreistagsfraktionen den Antrag, lediglich einen Vorbehaltsbeschluss betreffs der Zustimmung zur Auflösung des Zweckverbandes für das kommunale Kreditwesen in Braunschweig zu fassen.

KAbg. Jahn fragt bezüglich des Vorschlages von KAbg. Brücher, wie die Formulierung "ausreichend informiert" auszulegen sei.

<u>Landrat Röhmann</u> antwortet, dass sich die Formulierung aufgrund der Einvernehmenspflicht der entsandten Vertreter des Landkreises Wolfenbüttel faktisch konkretisieren werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für das kommunale Kreditwesen in Braunschweig entsandten Vertreter des Landkreises Wolfenbüttel werden angewiesen, in der Zweckverbandsversammlung am 10.06.2008 einer Auflösung des Zweckverbandes zum nächstmöglichen Zeitpunkt zuzustimmen, soweit sie ausreichende Informationen zur Wahrung der Beteiligungsrechte an der Öffentlichen Versicherung erhalten und darüber Einvernehmen erzielt haben. Die Stimmabgabe erfolgt durch den Stimmführer des Landkreises Wolfenbüttel dessen Abstimmungsverhalten an die vorgenannte Weisung gebunden ist.

TOP 12 Über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zum 01.04.2008 hier: Unterrichtung gemäß § 65 NLO i.V.m. § 89 Abs. 1 Satz 4 NGO Vorlage: XVI-335/2008

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI - 335/2008.

Ohne Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Von den bis zum 01.04.2008 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI - 335/2008 ergeben, wird Kenntnis genommen.

TOP 13 Antrag des Kreistagsabgeordneten Molau; hier: Test der Vierjährigen im Landkreis auf Sprachentwicklungsstörungen Vorlage: XVI-353/2008

Seite: 12/13

Landrat Röhmann bezieht entsprechend dem dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügten Vermerk zum Antrag des KAbg. Molau Stellung.

KAbg. Molau erklärt, dass die von Landrat Röhmann dargelegten Maßnahmen der Sprachförderung ausreichend seien und zieht seinen Antrag zurück.

TOP 14 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Landrat Röhmann teilt mit, dass keine Unterrichtungspunkte vorliegen.

Vorsitzender Hasselmann schließt um 19.50 Uhr die 9. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages.

Vorsitzender Hasselmann

Landrat Jörg Röhmann

Protokollführer Marco Kelb

Anlagen:

- 1. Erklärung der Kreistagsfraktionen der CDU und der FDP zum TOP 9
- 2. Vermerk zu TOP 13
- 3. Antwort zur Anfrage des KAbg. Molau

Vorsitzender

Protokollführer/in

Seite: 13/13